

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postung ohne Bestellgebühr monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Straßband 5.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postreform für 1919 eingetrag.

Interate haben die achtzehnjährige Nonpareilgröße oder deren Raum 120 Mm. Wortanzahl des Textes nicht über 5000, jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsangelegenheiten ist der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Int. Institut
88a. Geschiedenis
Amsterdam

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine polnische Note an Deutschland.

Vorwurf der Grenzverletzung.

Die Vorgänge in Oberschlesien in polnischer Darstellung.

Die Verhandlungen mit den Polen, die heute vormittag wieder aufgenommen worden sind, drehen sich nur um die ober-schlesische Frage. Die Polen haben an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, worin der Vorwurf der Grenzverletzung durch Deutschland erhoben wird. Ein deutscher Bieger soll auf den polnischen Ort Sojnowitz Bomben abgeworfen und dadurch mehrere Einwohner verletzt haben. Es wird von der deutschen Regierung Aufklärung und Genugtuung verlangt. Ueber die Ursachen zu den Unruhen in Oberschlesien hat die polnische Abordnung der „Neuen Berliner Zeitung“ folgende Darstellung gegeben:

Es wird hervorgehoben, daß bolschewistische Elemente bei der Bewegung keine Rolle spielten, sondern daß die Bewegung entstanden sei als Protestaktion gegen den langen Besatzungsstand, während dem viele hundert Personen verhaftet, zahlreiche andere in Untersuchung gezogen und viele des Landes verwiesen worden seien. Alle polnischen Führer habe man entführt. Der Ausnahmezustand sei einseitig gehandhabt, und z. B. alle polnischen Versammlungen wären unterdrückt worden. Am Streit seien Leute ohne Unterschied der Nationalität — also auch Deutsche — und ohne Unterschied der politischen Anschauung beteiligt.

Durch die Unterdrückungsmaßnahmen habe sich eine „unterirdische Bewegung“ herausgebildet, der jede Kontrolle verloren gegangen sei. Der Ausgangspunkt des jetzigen Aufstandes war ein Teilstreik. Göring habe nun hier, wie auch weiterhin, eine unglückliche Rolle gespielt, wozu noch beitrug, daß er keine richtige Führung mit der Arbeiterklasse gehabt hätte und auch der polnischen Sprache nicht mächtig gewesen sei, was die Verhandlungen erschwerte. Erditterung habe es hervorgerufen, daß Beamte, die nach der Revolution entlassen worden und dann unter die Grenzschutztruppen gegangen wären, wieder in ihre früheren Ämter eingesetzt worden seien. Der Streik dehnte sich auf Großen Einfluß auf das Anwachsen der Bewegung habe ein Vorgang bei der Myslowitzer Grube gehabt. Dort hätte man nach der Lösung der Arbeiter zwei Stunden warten lassen, dann seien Reichwehrruppen erschienen, von denen geschossen worden wäre, wobei drei bis vier Leute getötet und ebenfalls tödlich verwundet worden seien. Ein ähnlicher Vorgang habe sich in Zalesze abgespielt. Die Hauptursache trage Göring und die Handhabung des Besatzungsstandes.

Diese Darstellung stimmt völlig mit den Mitteilungen überein, die uns aus Oberschlesien zugegangen sind und die aus einwandfreier deutscher Quelle stammen. Die deutsche Regierung und ebenso die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse haben sich nur durch die nationalitätlichen Elemente und die mit ihnen in Verbindung stehenden Unternehmern unterrichten lassen und auf Grund dieser Informationen den jetzigen unhaltbaren Zustand geschaffen.

Die Arbeit in den ober-schlesischen Gruben ruht noch immer fast vollständig. Nur ein geringer Bruchteil der Bergleute ist eingefahren. Auch in den anderen Industriezweigen ist die Arbeitskrise allgemein. Das Streikverbot und der Arbeitszwang des Herrn Göring haben also nicht den geringsten Eindruck auf die Arbeiter gemacht. Dafür nimmt der Feldzug der Regierungstruppen einen immer größeren Umfang an. Bemerkenswert ist folgende Stelle in einem Bericht des „Berliner Tageblatts“:

Die Verluste bei den Aufständischen sind erheblich, da auch die im § 4 der Verordnung über das Standrecht angeführte Erschießung jedes Bewaffneten teilweise durchgeführt wird.

Nach den Vorgängen in Berlin, in Bayern und im Ruhrgebiet kann man sich vorstellen, wie in dem westlichen Oberschlesien das Standrecht ausgeübt werden dürfte. Wie wir schon mitgeteilt haben, hat sich der Oberste Rat der Alliierten mit der ober-schlesischen Frage beschäftigt. Dem „Berliner Tageblatt“ wird nunmehr noch folgendes darüber berichtet:

Wie der „Matin“ und der „Tempo“ schreiben, herrsche die Meinung vor, daß die Unruhen und Streiks in diesem streitigen Gebiet von Deutschland angestiftet seien, das Oberschlesien schon als verloren ansehe und den Polen nur ein mögliches westliches Land überlassen wolle. Durch die deutschen Maschinenfabriken sei der Export der ober-schlesischen Koh-

lengruben in der letzten Zeit um 80 Prozent gesunken, und wenn nicht schnellst eingeschritten werde, bedeuete das den sicheren Ruin für Polen, Böhmen und Oesterreich. Der Oberste Rat sei zu dem Entschlusse gekommen, daß schnelle Maßnahmen notwendig seien, um den Betrieb wenigstens für die letzten Monate des Jahres zu sichern. Nach dem Wortlaut des Vertrages solle das Gebiet erst vierzehn Tage nach der Ratifizierung besetzt werden. Demnach könne die von Deutschland organisierte Anarchie noch Monate dauern, ja, sie drohe sich zu verschlimmern. Der Plan für die militärische und administrative Besetzung Oberschlesiens sei in allen Einzelheiten fertig ausgearbeitet und könne jeden Augenblick zur Ausführung gelangen. Die Alliierten erwäge die Frage, ob die Besetzung nicht schon jetzt, ohne den Termin der Ratifizierung des Friedens abzuwarten, durchgeführt werden sollte. Die Entscheidung dürfte bald getroffen sein und werde alsbald der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

In der bürgerlichen Presse wird jetzt darüber geklagt, daß die Entente in die Rechte Deutschlands eingreifen wolle. Es muß jedoch festgestellt werden, daß daran die Unfähigkeit der deutschen Regierung schuld ist. Sie hat die Ausübung der Gewaltspolitik in Oberschlesien geduldet, sie ist dafür verantwortlich zu machen, daß die Entente es jetzt übernehmen will, die Ruhe in Oberschlesien wiederherzustellen.

Die Friedenskonferenz entsendet Vertreter.

Amsterdam, 20. August. (Reuters.)

Die Friedenskonferenz hat ein Telegramm von den Agenten der Alliierten in Schließien erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß infolge politischer Streitigkeiten Kohlenbergwerke in Oberschlesien zerstört seien. Es sei beschlossen worden, Vertreter dorthin zu entsenden, die über die Lage Bericht erstatten sollen.

Ratifizierung des Friedensabkommens durch Belgien.

H. N. Haag, 21. August.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der belgische Senat hat das Friedensabkommen ratifiziert. Minister Spmans erklärte bei der Behandlung der Kolonialfragen, daß Belgien wahrscheinlich große Gebiete in Deutsch-Ostafrika erhalten werde.

Keine Anerkennung der Regierung Erzherzog Joseph.

T. U. Genf, 21. August.

Nach Pariser Meldungen hat der Fünferat dem Drude der öffentlichen Meinung und den Vorstellungen Italiens, Rumäniens, der Südslawen und der Tschechen nachgegeben, und wie der „Corriere della Sera“ berichtet, die Anerkennung der neuen Regierung in Ungarn verweigert. Die interalliierte Militärmission in Budapest ist angewiesen worden, mit der nur eine Rinderkheit des Volkes repräsentierenden Regierung einen losen Kontakt zu unterhalten, im übrigen aber Vorbereitungen zu treffen, um die Freiheit der Wahlen für die Konstituante zu sichern. Indem es der Fünferat ablehnt, mit der gegenwärtigen Regierung über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, manifestiert er deutlich den Wunsch nach einem raschen Wechsel des Regimes, da unter den heutigen Umständen kaum noch ein neuer Staatsvertrag erfolgen kann. Die interalliierte Militärmission hat bereits mit der Bildung einer aus nationalen Elementen bestehenden Ordnungstruppe begonnen, die in der Hauptstadt den Garnisondienst versehen soll. Für eine geordnete und rasche Entwicklung spricht der Abmarsch der rumänischen Truppen.

Budapest, 20. August.

Nach einer Meldung des ungar. Telegr. Korrespondenzbureaus ist in ganz Ungarn das Standrecht erklärt worden.

Japan gegen China.

H. N. Haag, 21. August.

Holländisch Neutobureau meldet aus Washington: Laut „New York World“ hat Japan eine wiederholte Warnung an China gegeben, daß Unruhen auf der Schantung-Halbinsel ohne Erbarmen und ohne Rücksicht niedergedrückt werden.

Die Verbrechen der deutschen Kriegsführung.

Die Enthüllungen der letzten Wochen, die gegenseitigen Beschuldigungen der Staatsmänner, Militärs und Politiker haben einen Blick in die ungeheure Schuld der deutschen Kriegsverbrecher tun lassen. Nicht mit reinen Sinnen sind die „Entthüller“ an ihr Werk gegangen. Der zwischen den einzelnen Parteien entbrannte Kampf um die politische Macht ist die Haupttriebfeder des begonnenen Enthüllungswerkes gewesen. Die Furcht vor der Verantwortlichkeit, die Furcht vor dem Staatsgerichtshof hat den früheren Nachhabern die Feder in die Hand gedrückt und sie zu Entgegnungen veranlaßt, deren leitendes Motiv darin besteht, daß die Ankläger von heute nicht minder schuldig sind, wie die Angeklagten. Alle diese Herrschaften geben jetzt ihre „Denkwürdigkeiten“ und „Erinnerungen“ heraus. Jeder sucht sich selbst in ein möglichst günstiges Licht zu setzen, sich und seine Clique zu entlasten, die anderen anzuklagen. Darüber wandelt sich die große Frage um die Schuld, diese Schuldfrage des deutschen Volkes, in einen Streit um Einzelheiten, in eine Kauferei der Beteiligten, in einen Wirrwarr, in dem die leitenden Gesichtspunkte verschoben und der Kernpunkt der Frage aus der Gesichtswerte des Volkes verdrängt wird. Diesen Wirrwarr brauchen die Schuldigen, um den Klärungs- und Säuterungsprozeß im Volke aufzuhalten und Auflissen zu schaffen, hinter denen die Schuld- und Bergigungsarbeit der gestrigen Nachthaber aufs neue einsinken kann.

Ohne diesen Klärungsprozeß jedoch gibt es keine Erneuerung im Innern, wie auch keine Annäherung an die Völker, mit denen Deutschland viereinhalb Jahre im Kriege lag. Es ist eine infame Lüge, wenn von den halben und ganzen Reaktionen immer wieder behauptet wird, die Gegner brauchen das Schuldbekenntnis des deutschen Volkes, um es nur noch mehr zu erniedrigen und in den Stand zu drücken. Nein, dieses Schuldbekenntnis ist erforderlich, damit die gegnerischen Völker wieder Vertrauen zum deutschen Volke als Kulturvolk gewinnen und die bisher nur allzu berechtigten Vorstellungen abstreifen, daß das deutsche Volk ein willenloses Werkzeug in den Händen der militaristischen und imperialistischen Machthaber sei. Die Erkenntnis der großen Schuld, die Deutschland auf sich geladen, ist erforderlich, damit das um Erneuerung ringende deutsche Volk die Wege erkennt, auf denen es aus dem Elend der Zeitzeit emporsteigen kann.

Es ist deshalb warm zu begrüßen, daß die Deutsche Friedensgesellschaft eine kleine Schrift von Professor Friedrich Wilhelm Förster verbreitet, die diesen Klärungsprozeß im deutschen Volke zu fördern geeignet ist. Diese Schrift enthält wertvolles Material zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung, das zum größten Teil bisher der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten worden ist. Wohl kennen zahlreiche Kriegsteilnehmer nicht nur diese Missetaten und Verbrechen der militärischen Führer. Aber der breiten Öffentlichkeit ist selbst jener Teil der Anklage gegen die deutsche Kriegsführung, den Professor Förster zusammenfaßt, fast völlig unbekannt.

Professor Förster beginnt mit der Schilderung der ebenso brutalen wie völkerrechtswidrigen Deportationen von Belgiern. Deutsche Augenzeugen fanden keine Worte über die bei solchen Deportationen angewandte Praxis: Es wurden nicht nur Arbeiter, sondern Leute aus allen Ständen zusammengetrieben, wie das Vieh untergebracht und dann ganz unvorbereitet und daher ohne genügende Kleidung nach Deutschland gelandt. Einzelheiten dieses barbarischen Verkes findet man in dem Werke von F. Passelunke: „Les deportations belges.“ (Paris 1916.) Weit weniger bekannt als diese belgischen Deportationen sind die Deportationen junger Mädchen und Frauen aus den besetzten französischen Gebieten. Im November 1918 haben die Alliierten Professoren in einer

*) Eine veranschaulichte Ausgabe dieser Schrift erscheint in einigen Tagen unter dem Titel „Zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung“ im Verlag Neues Vaterland, West-

